

Statt einer Einleitung: Das Projekt »Finding Places«

Im Winter 2015/2016 kamen innerhalb von vier Monaten ungefähr 40.000 Geflüchtete vornehmlich aus Syrien, Afghanistan und dem Iran in die Stadt Hamburg. Die Gründe für die starken Fluchtbewegungen in dieser Zeit waren multikausal, wurden aber durch den Krieg in Syrien zugespitzt, der dazu führte, dass gemäß Angaben der UNHCR mehr als 4 Millionen Menschen das Land verlassen mussten.¹ In ganz Europa fanden hitzige Debatten darüber statt, ob, wie viele und welche Geflüchteten die einzelnen Länder aufnehmen sollten. Einige Staaten, wie Deutschland, zeigten eine große Bereitschaft zu helfen, andere wie beispielsweise Ungarn, Tschechien oder Polen weniger bis gar keine. Da Deutschland als wirtschaftlich starkes und demokratisch stabiles Land galt, war der Zustrom besonders ausgeprägt. Somit entstand nicht nur unter der Bevölkerung Uneinigkeit darüber, wie viele Geflüchtete aufgenommen werden sollten, sondern auch ein massives Ungleichgewicht zwischen den europäischen Ländern. Entsprechend heftig und emotional aufgeladen waren die politischen Spannungen dieser Zeit. Und wie so oft, wenn Herausforderungen komplex sind, wuchs auch der politische Populismus, der einfache, aber nicht realisierbare Lösungen versprach.

Zwischen November 2015 und März 2016 kamen an manchen Tagen mehrere Hundert Geflüchtete in die Stadt, sodass diese aufgrund von Platznot vorübergehend in Zelten über die ganze Stadt verteilt wohnen mussten – ein dramatisches Bild, das sich bei vielen Hamburger*innen eingepreßt hat. Trotz hoher ehrenamtlicher Bereitschaft der Bevölkerung zu helfen, war es der Stadtregierung nicht möglich, alle Menschen schnell unterzubringen. Da Hamburg kein Flächenstaat, sondern ein Stadtstaat von nur 755 km² und

1 Vgl. <https://www.unhcr.org/dach/de/7768-zahl-der-syrien-fluechtlinge-uebersteigt-4-millionen.html> vom 09.07.2015, letzter Abruf 15.06.2021.

knapp 1,8 Mio. Einwohner*innen ist, ist die Fläche begrenzt. Zudem wies Hamburg zum damaligen Zeitpunkt nur wenig Gebäudeleerstand auf, weshalb es galt, möglichst rasch Flächen für den Bau temporärer Unterkünfte zu finden.

Die Suche gestaltete sich anspruchsvoll, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Regierung aufgrund der ohnehin schon angespannten Wohnlage gerade eine Wohnungsbauoffensive gestartet hatte. Die Notwendigkeit, eine sozialverträgliche Lösung gleichermaßen für Geflüchtete und Bewohner*innen zu finden, wurde zum vorherrschenden öffentlichen Thema. Auch die Tatsache, dass die Aktivitäten des eigens eingesetzten zuständigen Zentralen Koordinierungsstabes Flüchtlinge (ZKF) den Bedarf nicht vollständig decken konnten, verleitete den damaligen ersten Bürgermeister, Olaf Scholz, zur vielzitierten Aussage: »Davon habe ich, was selten vorkommt, schlaflose Nächte.« (Hamburger Morgenpost, 02.03.2016).²

Zudem bildete sich in Hamburg ein Dachverband von Bürgerinitiativen, der einen Volksentscheid erwirken wollte, in dem über den Umgang der Stadt mit Geflüchteten öffentlich abgestimmt werden sollte. Der Verband forderte, dass nirgendwo mehr als 300 Geflüchtete in einer Unterkunft wohnen durften und dass die Unterkünfte mindestens einen Kilometer Abstand zueinander haben sollten.

Dass diese Forderung durchaus begründet, aber zahlen- und flächenmäßig in einer Stadt wie Hamburg kaum zu realisieren war, lässt sich auch ohne Detailwissen über die Geografie Hamburgs erahnen. Die Regierung wollte einen solchen Volksentscheid, der im Zuge des aktuellen Erstarkens rechtspopulistischer Gesinnungen und Parteien keine konstruktiven Vorschläge in Aussicht stellte, unbedingt verhindern und beauftragte das City Science Lab der HafenCity Universität, ein Bürgerbeteiligungsprojekt aufzusetzen, welches es ermöglichen sollte, mit den Bürger*innen über die Standorte von temporären Unterkünften für Geflüchtete zu diskutieren. Die grundlegende Idee bestand darin, die Expertise und Ortskenntnis der Bürger*innen zu nutzen, um weitere, bisher unentdeckte Flächen für den Bau von Unterkünften zu identifizieren. Für deren Errichtung war ein Modulbau vorgesehen, der schnell und kostengünstig realisiert werden konnte. So entstand – unter enormen Zeitdruck

2 Diese Morgenpost ist im Press Reader nachzulesen. Vgl. <https://www.pressreader.com/germany/hamburger-morgenpost/20160302/281663959092758>, letzter Abruf 30.01.2022.

und eingebettet in eine emotional geführte politische Diskussion – das Projekt Finding Places³, das auf mehreren Ebenen agierte: auf einer wissenschaftlich-experimentellen mit Bürger*innen und Stakeholderbeteiligung, auf politischer Ebene als Baustein einer Befriedungsstrategie sowie auf öffentlicher Ebene als medial stark rezipiertes Projekt.

Das Ziel des Projektes war es, konkrete Standorte auf öffentlichen Flächen der Stadt Hamburg interdisziplinär und kollaborativ unter Einbeziehung von Geodaten und der kollektiven Intelligenz der Bevölkerung zu identifizieren. Kern des Projektes war ein interaktives Stadtmodell, auf dem alle öffentlichen Flächen der Stadt gezeigt und mit den notwendigen Geo- und Fachdaten angereichert wurden.⁴ Als Basis für eine solche Plattform dienten sogenannte CityScopes, welche die HafenCity Universität Hamburg mit dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) und dessen »Media Lab« bereits für spezifische Stadtentwicklungsfragen in Hamburg entwickelten. Für diese konkrete Projektanforderung – speziell die Größe des Untersuchungsgebietes, die simultane Bereitstellung von drei Maßstabsebenen und die Anbindung an das »Geographische[s] Informationssystem« (GIS) – wurde diese Technologie weiterentwickelt. So konnten anhand von drei geografischen Dimensionen – der ganzen Stadt, der Bezirke und der Nachbarschaften – Karten mit Blick auf ihre öffentlichen Flächen gescannt und interaktiv bearbeitet werden.

Alle Bürger*innen der Stadt wurden zu offenen Workshops eingeladen, um öffentliche Flächen vorzuschlagen und zu diskutieren, die sie für eine temporäre Unterkunft für geeignet hielten. Gefragt war die Lokalexpertise der Stadtbewohner*innen, also eine Perspektive, welche die Stadtplanung, die distanziert auf Karten schaut, nicht haben kann. Ist ein Park wirklich frequentiert? Könnte ein Parkplatz möglicherweise umfunktioniert werden? Würde sich eine Fläche in einem Kleingarten für eine Unterkunft eignen? Den ganzen Sommer über wurden diese Fragen mit den Beteiligten diskutiert, dabei das kartenbasierte Flächenmodell der Stadt immer vor Augen. Es ging darum, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten und Kompromisse auszuhandeln, aber nicht – wie es bei Bürgerbeteiligung sonst oft der Fall ist – sich zu beschweren und Verantwortung nach oben zu delegieren.

Legosteine dienten dazu, die Teilnehmer*innen der Workshops spielerisch zu aktivieren, sodass konkrete Flächenszenarien durchgespielt werden

3 Vgl. <https://findingplaces.hamburg>, letzter Abruf 12.08.2022.

4 Für eine ausführliche Darstellung des Projektes vgl. Schiewe/Ziemer 2017, S. 172ff.

konnten. Eine bis dahin hitzig geführte Debatte wurde so weg von Emotionen und Ideologien hin zu datenbasierten sachlichen Auseinandersetzungen gelenkt. Denn hierdurch konnten allzu populistische Vorschläge schnell entkräftet und andere, die vor Ort auch mit den Sachverständigen der Bezirke abgeglichen wurden, integriert werden. In diesem Prozess fand neben der Flächenfindung vor allem auch eine aktive Demokratiebildung statt, denn die Diskussionen wurden transparent gemacht und alle zur Mitarbeit aufgefordert. Schnell wurde den Beteiligten klar, wie komplex eine Stadt aufgebaut und wie anspruchsvoll es ist, rasch viele Unterkünfte zu finden, die den Mindestanforderungen wie Hygiene, Wärme und Platz einigermaßen entsprechen und sie dabei gleichzeitig über Stadtteile und Nachbarschaften gerecht zu verteilen.

Die Daten, auf deren Basis das Projekt entstand, waren alle öffentlich. Die Stadt Hamburg hatte 2006 ein Transparenzgesetz erlassen⁵, das in diesem Fall enorm hilfreich war, denn vor allem Flächendaten waren in guter Qualität vorhanden und allen Beteiligten – auch der Bevölkerung – über das »Metaver.de Portal« zugänglich. Jede öffentliche Fläche der Stadt Hamburg wurde mit Kriterien, die für den potentiellen Bau einer Unterkunft wichtig sein könnte, versehen. Diese Kriterien waren beispielsweise Natur- und Landschaftsschutz, Störfallbetriebe, Lärmschutz, Gewerbe- und Industriegebiete, Wälder, Friedhöfe oder verkehrliche Erschließung. Zudem konnten Karten-Layer zur Topografie, zur sozialen Infrastruktur, zum öffentlichen Verkehr oder zu Bildungsangeboten aufgerufen werden. Ebenso waren vorhandene Informationen zu den Flurstücken wie Flächengröße, Bebauungsplan oder Besitz einzusehen.

Ein Großteil der Arbeit verlangte das Kuratieren vorhandener Daten, bestand also in ihrer Auswahl, Selektion, Anordnung und Präsentation. Welche Daten wurden zur Grundlage genommen? Wie wurden diese kombiniert, um etwas über die Tauglichkeit der Fläche aussagen zu können? Wie und gegenüber wem musste deutlich gemacht werden, welche Daten vorhanden waren, aber auch, welche fehlten? Wie konnte eine konstruktive Öffentlichkeit hergestellt werden, welche die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Stakeholdern, in diesem Fall alle Bürger*innen, ausgewählte Vertreter*innen der Stadt und der Bezirke, ermöglichte? Wie sollten die Daten archiviert werden, damit sie Grundlage für weiterführende Projekte sein könnten?

Moderiert wurde Finding Places von der hamburgischen »Stadtentwicklungsgesellschaft« (steg), die entlang der interaktiven Möglichkeiten des Tools

5 Vgl. <https://www.luewu.de/docs/gvbl/2012/29.pdf>, letzter Abruf 30.01.2022.

eine maßgeschneiderte Methode für die Moderation aufsetzte. Die Bürger*innen schlugen während des ganzen Prozesses 161 Flächen vor, die für mehr als 20 000 Menschen gepasst hätten. Diese Flächen wurden jedoch erneut vom »Zentralen Koordinierungsstab für Flüchtlinge« geprüft, und jeder Flächenvorschlag wurde über die Homepage kommentiert, sodass die Bürger*innen binnen zwei Wochen nochmals eine Einschätzung erhielten. 44 Flächen wurden in einer Ersteinschätzung als potentiell bebaubar eingestuft, wovon nach genauerer Prüfung zwölf Flächen mit perspektivischer Nutzung vorgeschlagen wurden.

Allerdings wurden die Geflüchteten im Laufe des Prozesses auch nach und nach in den regulären Wohnungsmarkt integriert, während aufgrund nationaler und internationaler politischer Verhandlungen der Zuwanderungsdruck allmählich nachließ, sodass es zwar weiterhin temporären Wohnungsbau auf den »gefundenen« Flächen gab, zudem aber viele Geflüchtete in schon bestehende Gebäude untergebracht werden konnten. Die Flächenvorschläge wurden nach dem Beteiligungsprozess an die Bezirke weitergeleitet, wo unsere Arbeit als Wissenschaftler*innen endete.

Das Projekt Finding Places zeigt, vor welchen Herausforderungen Städte heute stehen. Es verweist auf die im Titel des Buches angesprochenen Handlungsfelder: Kuration von Daten und die Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteur*innen, um eine bürgernahe digitale Stadt zu entwickeln.

